

Cornelia Ernst, energiepolitische Sprecher in der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament

Konferenz „Ausstieg aus der Braunkohle“ am 20. Oktober 2018 in Bergheim

klima- und energiepolitische Ziele auf EU-Ebene:

- Wenn EU weiterhin CO₂ ausstößt wie bisher, dann hat EU ihr „theoretisches“ CO₂-Budget 2032 aufgebraucht (wenn wir 1,5 Grad-Ziel anpeilen) bzw. 2042 aufgebraucht (wenn wir 2 Grad-Ziel anpeilen) -- d.h. wir müssen dringend handeln!
- Sept 2016 hat EU Klimaabkommen von Paris ratifiziert, nun müssen auch Taten folgen
- EU hat sich Ziele gesetzt zur Senkung der Treibhausgase in EU: Reduzierung um 20% bis 2020 - dieses Ziel wird erreicht.
 - Senkung Treibhausgase um 40% bis 2030 -- dieses Ziel wird NICHT erreicht!! Ziel müsste auch nach Auffassung der Klimagerechtigkeits-NGOs mind. bei 55% liegen.
- Im Rahmen der europäischen Energieunion: hat sich EU Ziel gesetzt, den Anteil der Erneuerbaren Energie im Endenergieverbrauch zu steigern: bis 2030 auf 32% - Problem: mind. 40% müssten es eigentlich sein. Und: dieses Ziel ist zwar bindend auf EU-Ebene, aber NICHT runtergebrochen auf nationale Ziele, und damit de facto weniger bindend!

Kohle

- Für die gesamte EU ist der Strommix für 2016 folgendermaßen:
 - 22% aus Kohle! Aufgeschlüsselt: 10% aus Braunkohle, 12% aus Steinkohle.
 - 18% aus Gas, 27% aus Nuklearenergie, 30% aus Erneuerbaren Quellen
 - Kohle spielt also neben Gas leider nach wie vor eine wichtige Rolle!
- folgende Mitgliedstaaten haben schon konkretes Datum für Ausstieg aus der Kohle: Österreich, Dänemark, Frankreich, Finnland, Italien, Portugal, Schweden, Niederlande, UK -- haben Ausstiegsdatum zwischen 2022 und 2030
- aber: weder Deutschland als größter Kohle-CO₂-Emittent noch Polen haben bisher ein Ausstiegsdatum! (Deutschland und Polen haben 50% der Kohlekapazität in der EU)
- beim Ausstiegsdatum kann die europ. Kommission nicht eingreifen, denn die WAHL des Energiemixes ist Kompetenz der Mitgliedstaaten
- um das Pariser Ziel von max. 2 Grad Erwärmung einzuhalten, brauchen wir EU-weiten Kohleausstieg bis 2030!

EU-Haushalt

- Aber: bei der Entscheidung, wie EU-Haushalt verwendet wird, haben EU-Institutionen schon was zu sagen
- Kürzung von 10% bei Kohäsionspolitik geplant für den nächsten MFR 2021-2027 - nicht gut! Denn gerade Kohäsionspolitik kann vom Strukturwandel betroffene MS auffangen.
- gut ist: im vorliegenden Vorschlag werden Ausgaben für Forschung, Innovation und Digitales erhöht - Digitales ist auch im Energiebereich wichtig, um mit smart grids die Stromnetze fit für einen hohen Anteil an variablen Erneuerbaren im Netz zu machen
- insgesamt sind aber in der EU die Ausgaben für Forschung und Entwicklung von sauberen Technologien zurückgegangen! Die EU verliert den Anschluss, bleibt hinter Asien zurück! Wenn wir doch aber Jobs schaffen wollen (als Alternative zu Kohle-Jobs, dann brauchen wir dringend mehr Gelder für Forschung und Entwicklung!)

- Gelder aus dem knappen EU-Haushalt werden für Gasinfrastruktur ausgegeben - da ist absurd! (im Rahmen der sog. projects of common interest = Projekte von gemeinsamem Interesse) In den letzten Jahren sind 1,2 Mrd. EUR als direkte Subventionen aus EU-Haushalt in Gasprojekte geflossen. 2007-2016 hat die europ. Investitionsbank 17 Mrd. Euro an Krediten für Gasprojekte bereitgestellt. Dieses Geld wird doch für den sozialverträglichen Kohleausstieg gebraucht, und nicht für eine weitere fossile Energieform!